

# Kindeswohl gefährdet: Zahl der Fälle steigt

Allein in der Stadt Salzburg hat sich die Zahl der Abklärungen binnen fünf Jahren mehr als verdoppelt. Das zeigt eine aktuelle Studie.

BARBARA HAIMERL

**SALZBURG.** Besteht der Verdacht, dass das Wohl eines Kindes gefährdet ist, muss die Kinder- und Jugendhilfe prüfen, ob tatsächlich eine Gefährdung vorliegt. Einen massiven Anstieg der Abklärungen im Bundesland Salzburg zeigt das Ergebnis einer kürzlich abgeschlossenen Studie im Auftrag des Landes. Details erläuterten am Donnerstag Soziallandesrat Wolfgang Fürweger (FPÖ) und Studienautorin Birgit Bahtić-Kunrath vom Internationalen Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen (ifz). Untersucht wurde der Zeitraum von 2019 bis Ende 2023, also auch die Jahre der Coronapandemie.

In diesen fünf Jahren ist die Zahl der Gefährdungsabklärungen um 77 Prozent gestiegen. Mehr als verdoppelt hat sie sich in der Stadt Salzburg und im Flachgau. Im Bezirk

Hallein stieg sie um mehr als ein Drittel, das ist gemessen an der Bevölkerung die stärkste Steigerung in allen Bezirken. Der Pongau verzeichnete eine Zunahme um knapp 44 Prozent, im Pinzgau stieg die Zahl der Abklärungen um fast zwei Drittel.

Insgesamt wurden im untersuchten Zeitraum 9060 Verdachtsfälle überprüft. In knapp 45 Prozent der Fälle zeigte sich, dass das Kindeswohl tatsächlich gefährdet ist. Fast verdoppelt hat sich die Zahl der festgestellten Gefährdungen in der Stadt Salzburg: Sie ist von 35 Prozent (2019) auf 66 Prozent (2023) angestiegen – überdurchschnittlich stark nahmen in der Stadt seit 2021 Meldungen wegen des Verdachts auf körperliche und seelische Gewalt zu. Birgit Bahtić-Kunrath verweist auf die beengten Wohnverhältnisse und die angespannte Lage für viele Familien während der Covid-19-Pandemie. Viele Familien seien unter großem Stress und Druck gestanden. Das habe vor allem im städtischen Raum zu einem Anstieg innerfamiliärer Gewalt geführt. Diese Entwicklung habe maßgeblich zum Anstieg der positiv entschiedenen Gefährdungsabklärungen beigetragen.

In der Studie hatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden kritisiert, dass Personal fehle, um den Anstieg zu bewälti-

gen. Außerdem brauche es mehr präventive Unterstützungsangebote. Mittlerweile hat das Land für die Kinder- und Jugendhilfe in den Bezirkshauptmannschaften sieben zusätzliche Sozialarbeitsstellen geschaffen.

Bestätigt sich ein Verdacht, entscheidet die Kinder- und Jugendhilfe, ob die Familie ambulant bei der Erziehung unterstützt wird oder ob das Kind in einer Pflegefamilie oder in der Vollen Erziehung, also in Kinder- und Jugendwohnheimen, untergebracht wird. Stand 2024 erhielten 2180 Kinder und Jugendliche Unterstützung bei der Erziehung, in betreuten Wohngemeinschaften waren 466 Kinder und 217 Kinder lebten bei Pflegeeltern. Fürweger: „Demografisch haben wir

zwar immer weniger Kinder, aber der Bedarf in der Kinder- und Jugendhilfe steigt exorbitant.“

Vor allem der Bedarf an ambulanter Betreuung steige, betont Sozialarbeiterin Renate Heil von der Kinder- und Jugendhilfe des Landes. „In der Planung war vorgesehen, dass wir bis zum

bei einem Verdacht verpflichtet, ihn der Bezirkshauptmannschaft bzw. dem Magistrat zu melden. Privatpersonen wie Nachbarn oder Verwandte haben keine Meldepflicht. In der Studie zeigt sich jedoch, dass ein Viertel aller Meldungen von Personen oder Einrichtungen stammen, die

sie ernst genommen werden und dass ihren Schilderungen Glauben geschenkt wird. Sie wünschen sich auch, dass Kinderschutzthemen in Schule, Politik und Gesellschaft stärker zur Sprache kommen.

Um Probleme in Familien schon im Vorfeld abzufangen, will Fürweger die Elternberatung neu aufstellen und effizienter gestalten. Er schlägt vor, die Zahl der Beratungsstellen von derzeit mehr als 50 auf 23 zu senken, dafür aber die Standorte länger offen zu halten und intensivere Beratung anzubieten. Gespräche mit dem Gemeindeverband sind im Gange. Zudem wird im Herbst im Zentralraum eine betreute Wohngemeinschaft für sechs sogenannte Systemsprenger öffnen, das sind Kinder, die eine besonders intensive Betreuung brauchen.



„Meldungen zu seelischer oder körperlicher Gewalt nehmen zu.“

Birgit Bahtić-Kunrath, Studienautorin

SN/LAND SALZBURG

Jahr 2030 um sechs Prozent jährlich steigern.“ Das sei aber nicht erfüllbar. „Wir sind auf zwei Prozent jährliche Steigerung zurückgegangen, weil die Fachkräfte fehlen, vor allem innergebirg.“

Schulen und Kindergärten, aber auch Polizei oder Ärzte sind

nicht unter die Meldepflicht fallen. Das ist ein Indiz dafür, dass in der Bevölkerung die Sensibilität steigt. Die meisten Gefährdungsmeldungen kommen von der Polizei (35 Prozent), gefolgt von Schulen (18,5 Prozent).

Befragte betroffene Jugendliche äußerten den Wunsch, dass

## DRAUSSEN VOR DER TÜR (FREI NACH W. B.)

Jakob Schulte – Regie-Student am Thomas-Bernhard-Institut – wagt mit seiner ersten freien Regiearbeit einen surrealen wie gleichermaßen bedrohlich aktuellen Zugriff auf Wolfgang Borcherts berühmtes Nachkriegsdrama.

Es war einmal ein Mann, der kam in ein Land, das man Deutschland nannte. Er war lange weg, der Mann. Sehr lange. Und er kommt ganz anders wieder, als er weg-



**DRAUSSEN VOR DER TÜR (FREI NACH W. B.)**  
Premiere: Donnerstag,  
23. April, 19.30 Uhr